

Bernd Greiner ■ Robert Mc Mahon ■ William Walker ■ Sean N. Kalic ■ Bettina Greiner ■ John Philipp Baesler ■ Rolf Hobson ■ Vojtech Mastny ■ Dieter Krüger ■ Roy de Ruyter ■ Klaus Naumann ■ Gerd Hankel ■ Giorgio Franceschini ■ Christoph Laucht ■ Michael Brzoska / Götz Neuneck ■ Sarah Snyder ■ Anja Mihr ■ James Burnham Sedgwick ■ Philipp Gassert ■ Melanie Arndt ■ Stefanie van de Kerkhof ■ Berthold Vogel ■ Heonik Kwon ■ Rüdiger Korff / Sascha Helbardt ■ Lorenz Lüthi ■ Hans-Joachim Spanger ■ Hartmut Quehl

Leseprobe

Bernd Greiner / Tim B. Müller / Klaas Voß (Hg.)

# Erbe des Kalten Krieges



Bernd Greiner/Tim B. Müller/Klaas Voß (Hg.)

# Erbe des Kalten Krieges

Studien zum Kalten Krieg  
Band 6

**Leseprobe**

Hamburger Edition

Bernd Greiner

**Spurensuche:**

**Zum Erbe des Kalten Krieges**

»Mission Accomplished« – »Es liegt hinter uns«: Am 28. Januar 1992 verkündete Präsident George H.W. Bush in einer Regierungserklärung den Sieg des Westens im Kalten Krieg. Und unter Historikern ging die Rede vom »Ende der Geschichte« um, vom unhintergehbaren und auf Dauer friedensstiftenden Triumph liberaler Demokratien. Elf Monate zuvor war der Warschauer Pakt aufgelöst worden, die ehemaligen Vasallen der UdSSR bereiteten ihre Aufnahme in die EU oder NATO vor, Hunderttausende Soldaten wurden aus der Mitte Europas abgezogen, die nuklearen Waffenkammern sollten entrümpelt und bis zum Jahr 2003 auf ein Drittel ihres vormaligen Bestandes reduziert werden. Und vor allem hatte die Welt am 31. Dezember 1991, 20 Uhr Moskauer Zeit, eine symbolträchtige Kapitulation erlebt. Als die Fahne mit Hammer und Sichel über dem Kreml eingeholt und die weiß-blau-rote Trikolore der russischen Föderation aufgezogen wurde, gehörte der 1922 geschlossene Unionsvertrag endgültig der Vergangenheit an. Und mit ihm der Anspruch und die Überzeugung, dass am Ende eines verdienten Sieges überall auf der Welt die roten Banner der Befreiung wehen würden.

Von der Selbstgewissheit der 1990er Jahre ist wenig geblieben. Sie hat sich in den Jahren des »Kriegs gegen den Terror« verschlissen, scheint blamiert angesichts der ständigen Reibereien zwischen den USA, Russland und China und ist einem dumpfen Gefühl der Selbsttäuschung gewichen – ablesbar an der regelmäßig geäußerten Sorge vor einem neuen Kalten Krieg.

Einem bekannten Bonmot zufolge wiederholt sich Geschichte nicht, es sei denn als Tragödie oder Farce. Süffig ist dieser Hinweis allemal, aber bei Lichte besehen wenig aufschlussreich. Denn es gibt immer wieder historische Epochen, die ein eigenartiges Nachleben führen – indem sie nachhaltige Spuren hinterlassen und in den Tiefenstrukturen des politischen wie gesellschaftlichen Lebens überdauern. Diese Zählebigkeit definiert sie als Epoche, gerade darin liegt ihre Einmaligkeit: im Unwiederholbaren einerseits und im hintergründigen Weiterleben andererseits. Der Kalte Krieg zählt zu diesen einmaligen Perioden. Er ist in vielerlei Gestalt noch immer präsent und zugleich unwiderruflich vorbei. Von diesem Wechselspiel aus Vergangenen und Gegenwärtigen, von der Präsenz des Gestern im Heute handelt der vorliegende Band.

Einzigartig ist und bleibt der Kalte Krieg wegen seiner ideologischen Kampflinien. Nicht nur östlich des »Eisernen Vorhangs« hing man der Idee einer überlegenen Weltanschauung und der ganzen Welt Vorbild stiftenden Gesellschaftsordnung an. Auch der Westen definierte seit 1947 seine Politik als Auseinandersetzung um das Ganze. Selbst in Zeiten der Entspannung machten beide Seiten nur bedingt Abstriche. »Friedliche Koexistenz« wurde nicht als Dementi des Antagonismus begriffen, sondern als Fortsetzung der weltweiten Konfrontation mit anderen Mitteln. Ob offen oder hintergründig, stets blieb die Vorstellung präsent, dass Sicherheit die globale Multiplikation des eigenen Gesellschafts- und Ordnungsmodells voraussetzte. Und dass letztlich das eigene Überleben nur gewährleistet war, wenn die andere Seite bedingungslos kapitulierte. Sprich: sich den im Grundsatz anderen »way of life« des Gegenüber zu eigen machte.

Wer aber um absolut Gesetzes streitet, redet einer »totalen Politik« das Wort. Einer Politik, die keinen Unterschied zwischen äußerer und innerer Bedrohung macht und ehemals klar gezogene Grenzen zwischen Zivilem und Militärischem verflüssigt, einer Politik, die Loyalität, Gefolgschaft und Homogenität in den Rang politischer Primärziele erhebt und vor allem der inneren Mobilmachung verpflichtet ist. Ebendarum ging es – Ost wie West – im Kalten Krieg: den weltanschaulichen Alleinvertretungsanspruch mittels einer Indienstnahme aller gesellschaftlichen Bereiche durchzusetzen. Ob Ökonomie, Wissenschaft, Technologie oder Kultur, keine Lebenswelt blieb ausgespart.

Politisch, logistisch und machtpsychologisch unverzichtbare Ressourcen mobilisierten Washington und Moskau auch jenseits der eigenen Landesgrenzen – mittels ausladender Bündnissysteme, die historisch ihresgleichen suchen. Ohne NATO und Warschauer Pakt, ohne die CENTO (Central Treaty Organization) im Nahen Osten sowie die SEATO (South East Asia Treaty Organization) hätte die Geschichte einen ganz anderen Lauf genommen. Gewiss kann von einer konfliktfreien Kooperation keine Rede sein. Moskau musste Loyalität mittels militärischer Intervention wiederholt erzwingen. Und auch Washington konnte sich seiner Gefolgschaft nicht immer gewiss sein. Angesichts der mit Großbritannien, Frankreich, Kanada oder den kleineren NATO-Partnern ausgetragenen Konflikte um den richtigen Kurs in der Deutschland-, Nahost-, Indochina- oder Rüstungskontrollpolitik wundert man sich rückblickend über den langen Zusammenhalt des westlichen Kernbündnisses. Doch der Kalte Krieg hatte die Bündnisse nicht nur auf den Weg gebracht. Er war zugleich Garant ihrer Langlebigkeit, geprägt von der Neigung der Supermächte, Spannungen als Mittel zum Zweck der Blockdisziplinierung zu nutzen, wenn nicht vorsätzlich zu schüren – vorab die allseits grassierende Angst vor einem Atomkrieg. Folg-

lich geriet das Angebot, unter den beiderseits der Zentralfront aufgestellten Atomschirmen Schutz vor der vermeintlichen Unberechenbarkeit des Konkurrenten zu suchen, zur stärksten politischen Währung der Zeit.

Auch und gerade auf diesem Terrain zeigt sich das Besondere, wenn nicht Einmalige des Kalten Krieges. Gemeint ist die in West wie Ost praktizierte atomare Diplomatie. Einerseits hatten Atom- und Wasserstoffbomben samt der zugehörigen Trägersysteme den Krieg als Mittel der Politik entwertet – war doch der Sieg über den Feind nur um den Preis der eigenen Auslöschung zu erreichen. Andererseits wurden Nuklearwaffen als Mittel zur Ausweitung und Projektion von Macht begriffen. In anderen Worten: Beide Seiten hatten es auf eine Schärfung der stumpfen Waffen angelegt und trachteten danach, aus dem militärisch Wertlosen politischen Mehrwert zu schlagen. Folglich erklärten die USA wie die UdSSR ihren Aufstieg in eine höhere Gewichtsklasse und gingen weltweit Verpflichtungen ein, die sie sich bei konventioneller Bewaffnung schwerlich hätten leisten können. Daher rührt die propagandistische Karriere des Adjektivs »vital«. Selten kam die Rede über angeblich »lebenswichtige Regionen« derart penetrant zum Zuge wie im Kalten Krieg.

Im Grunde hatten sich beide Seiten in eine Zwangslage manövriert. Sie sahen sich genötigt, ihren neuen Status kontinuierlich zu beglaubigen. Und zwar auf eine Weise, die mit dem traditionellen Streben aller Großmächte nach Glaubwürdigkeit kaum mehr etwas gemein hatte. Denn die Bedenken, als schwach und unzuverlässig wahrgenommen zu werden, wuchsen sich während des Kalten Krieges zu einer Obsession aus. Und der Kampf um die wichtigste psychologische Ressource der Macht geriet im Schatten der Nukleararsenale zu einem Abnutzungskrieg. Weltmacht konnte man dieser Logik zufolge nur sein, wenn die Angst vor der Bombe nicht als Verängstigung in Erscheinung trat, wenn man bereit war, allen Risiken zum Trotz Gleiches mit Gleichem zu vergelten. So wollte der amerikanische Außenminister John Foster Dulles sein in den 1950er Jahren vielzitiertes Diktum über Staatskunst im Atomzeitalter verstanden wissen: sich im Zweifel dem Abgrund zu nähern, ohne zum Äußersten entschlossen zu sein, aber die andere Seite im Unklaren zu lassen, wo die Grenze zwischen Bluff und *va banque* lag. Chruschtschow hätte es nicht treffender formulieren können. Da jeder Verlust für die eigene Seite als Zugewinn des anderen wahrgenommen wurde, erschöpfte sich die Antwort auf die neuen Waffen in der Wiederbelebung alten Denkens: nicht sich selbst, sondern andere abzuschrecken.

Unwiederholbar scheint der Kalte Krieg, weil er stets mehr war als die Summe dieser Einzelteile. Wortkriege, Blockbildung und atomare Diplomatie bildeten ein katalytisches Dreieck, reagierten mit- und aufeinander.

Vor allem aber dynamisierten sie sich wechselseitig und zeitigten deshalb unverwechselbare politische Konsequenzen. Erstens stand knapp die Hälfte des über vier Jahrzehnte währenden Kalten Krieges im Zeichen akuter politischer wie militärischer Krisen. Zwar wurden die meisten dieser Zusammenstöße mit größerer Umsicht und Rücksicht gehandhabt, als die Redeschlachten der Zeit vermuten lassen. Gerade in Mitteleuropa, wo jede Gewehrsalve zum Anlass eines Atomkrieges hätte werden können, übte man sich in Zurückhaltung. Nimmt man indes auch die Dritte Welt in den Blick, so zeigt sich das ausgeprägte Desinteresse Washingtons wie Moskaus an einer Beilegung von Konflikten. Mittels Krisen die andere Seite zu schwächen, gehörte durchweg zum Repertoire ihrer Strategie der Spannung – »*overload the enemy*«, Bürde dem anderen untragbare Lasten auf, wie es in der Sprache der Eisenhower-Administration hieß. Gerade von den Konfrontationen an der Peripherie, in Korea und Kuba, ging die Gefahr eines globalen Atomkrieges aus. Eine Nahaufnahme dieser Krisen legt gar das Fazit nahe: Wir hatten Glück im Kalten Krieg.<sup>1</sup>

Zweitens geht ein Gutteil der 150 zwischen 1945 und 1990 in der Dritten Welt ausgetragenen heißen Kriege auf das Konto des Kalten Krieges. Auch wenn vielerorts nicht ideologische Präferenzen, sondern der Wille zur Unabhängigkeit von alten Kolonialmächten oder schlicht lokale Streitereien den Ausschlag gaben, so ließen die USA und die UdSSR kaum eine Gelegenheit zur militärischen Parteinahme aus – sei es um der schieren Machtprojektion willen, sei es im Bestreben, die andere Seite noch nicht einmal im hintersten Winkel der Welt zum Zug kommen zu lassen. Dass zahlreiche Kriege, die sich andernfalls schnell erschöpft hätten, in der Folge intensiviert oder gar auf Dauer gestellt wurden, ist kaum zu bestreiten.<sup>2</sup>

Drittens schließlich handelt der Kalte Krieg von einer Aufrüstung ganz besonderer Art. Bekanntlich wurden in dieser Zeit mehr Waffen denn je sowie Waffen beispielloser Vernichtungskraft produziert. Auch kleinere Staaten hielten ungleich mehr junge Männer unter Waffen als in früheren Friedenszeiten und verpulverten Jahr um Jahr ehemals undenkbar Summen. Die Pointe dieser Politik ist nicht in Statistiken zu suchen. Unerhört ist vielmehr der Umstand, dass sich zwei hochgerüstete Blöcke benahmten, als befänden sie sich trotz des Friedens auf der nördlichen Halbkugel dauerhaft im Krieg. Auf eine »*permanent preparedness*« – eine jederzeit abrufbare Bereitschaft zum Krieg – festgelegt, brachten sie fast ohne Vor-

---

1 Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.), *Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg*, Bd. 2, Hamburg 2008.

2 Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.), *Heiße Kriege im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg*, Bd. 1, Hamburg 2006.

warnzeit einsetzbare Waffen in Stellung und sorgten für eine hintergründige Dauernervosität in den Reihen politischer und militärischer Entscheidungsträger.<sup>3</sup>

Wie unschwer zu erkennen, haben sich wesentliche Triebkräfte des Kalten Krieges verbraucht. Dass sich Supermächte in der Zukunft erneut wegen unvereinbarer Weltanschauungen zu Feinden erklären, scheint so gut wie ausgeschlossen. Huldigen sie doch allesamt – die USA wie auch die Aspiranten Russland, China und Indien – dem marktwirtschaftlichen Ordnungsmodell. Mit welchen Konflikten die Globalisierung auch immer einhergehen mag, eine dem Kalten Krieg entsprechende Häufung von Krisen oder gar von Stellvertreterkriegen in den Interessensphären der Konkurrenz wird es auch aus einem zweiten Grund nicht geben: Das einst bipolare internationale System hat sich in einer multipolaren Welt verflüssigt, an die Stelle disziplinierter Bündnisse sind »Koalitionen der Willigen« getreten, brüchige, jederzeit kündbare Partnerschaften, die nur noch entfernt an Vergangenes erinnern. Und dennoch ist das Erbe des Kalten Krieges unübersehbar, bisweilen gar dominant: im ehemaligen »Westen« wie im vormaligen »Osten« und im »globalen Süden« ohnehin.

## Der nationale Sicherheitsstaat

Je größer der zeitliche Abstand wird, desto deutlicher schält sich eine der lästigsten Hinterlassenschaften des Kalten Krieges heraus: nämlich im Falle Russlands und Chinas den Autokratismus zementiert und die USA für einen Autokratismus anfällig gemacht zu haben. Gewiss – autokratische Herrschaft ist in Russland und China kein Kind des Kalten Krieges. Die seit der Aufklärung praktizierte Gewaltenteilung fand weder im Zarenreich noch in den Kaiserdynastien Resonanz. Vielmehr blieben die Potentaten beider Reiche einem gemeinsamen Grundsatz verpflichtet: dem Prinzip der Machtvollkommenheit und der Maxime unumschränkter Herrschaft. Niemandem zur Rechenschaft verpflichtet, standen sie über dem Recht und nahmen für sich in Anspruch, nach Gutdünken extralegal handeln zu können, wenn nicht zu müssen. Im Russischen hat dieses Staats- und Politikverständnis gar einen weltanschaulichen Leitbegriff gefunden: »Rechtsnihilismus«.

Es ließe sich lange darüber streiten, ob diese in der Sowjetunion nach 1917 und in China seit 1949 auf die Spitze getriebene Tradition in der

---

3 Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Claudia Weber (Hg.), *Ökonomie im Kalten Krieg*. Studien zum Kalten Krieg, Bd. 4, Hamburg 2010.

zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch ohne den Kalten Krieg hätte weitergeführt werden können und ob in Abwesenheit der Dauerkonfrontation das stille Wirken wirtschaftlicher Globalisierung nicht notwendig auf eine nachgeholte politische Modernisierung hinausgelaufen wäre. Unstrittig ist indes, dass der Kalte Krieg dem Überkommenen eine gut 40-jährige Schonfrist gewährte. Denn nichts konserviert autokratische Macht und Herrschaft verlässlicher als Krisen, Konflikte und ein auf Dauer gestellter Ausnahmezustand. Und unstrittig ist des Weiteren, dass alle nach dem Ende des Kalten Krieges unternommenen Reformbemühungen binnen kurzem ins Leere liefen.

Nach dem 14. Parteitag der Kommunisten im Herbst 1992 schien China offener denn je. Doch Deng Xiaoping brachte alsbald das Wesen der »Volksregierung« in Erinnerung: Alle politische Macht bleibt in der Hand der Partielite und wird im Zweifel von deren Führer alleine ausgeübt. Mit Zentralismus und Personalisierung ist auch das »System Putin« angemessen umschrieben. Dass Wladimir Putin die 1988 verabschiedete Verfassungsreform kassierte und damit das unabhängige Verfassungsgericht zur Bedeutungslosigkeit degradierte, bringt Gegenwart und absehbare Zukunft des »neuen Russland« auf seinen politischen Begriff: Gewalteneinheit statt Gewaltenteilung. Der Souverän ist das Staatsoberhaupt, die vielzitierte »Wiederherstellung russischer Staatlichkeit« gründet in dem Recht der Exekutive, sich über das Recht zu stellen.

Dass dergleichen auch in den USA zu einem anhaltenden Problem geworden ist, geht zweifelsfrei auf das Konto des Kalten Krieges. Mit einem Unterschied: Man spricht gemeinhin nicht von Autokratismus, sondern von »Imperialer Präsidentschaft«. »Imperial« steht für Monopolisierung der Macht und die Tatsache, dass das Amt des Präsidenten im »langen Frieden« nach 1945 mit Kompetenzen und Vorrechten wie in Kriegszeiten ausgestattet wurde. Mit dem Nationalen Sicherheitsrat und dem »White House Staff« verfügt ein Präsident über die Möglichkeit, sich gegen die »permanente Bürokratie« der Ministerien und konkurrierende Machtzentren innerhalb der Exekutive durchzusetzen. Mittels sogenannter »discretionary powers«, einem ausufernden Katalog von mittlerweile 500 Ermächtigungs- und Notstandsbefugnissen, kann das Weiße Haus auch jederzeit den Kongress umgehen. So gesehen handelt die »Imperiale Präsidentschaft« von einer Einladung zum Machtmissbrauch. Man könnte auch von einer Umgründung der ältesten Demokratie der Welt sprechen: Aus dem unbedingten Muss der Gewaltenteilung ist eine Kann-Bestimmung geworden. Während des Kalten Krieges nahmen alle Präsidenten diese Möglichkeiten zur Selbstermächtigung auf inflationäre Weise in Anspruch, vorab in der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Übertretung der

von der Verfassung gesetzten Rechtsgrenzen bagatellierte man entweder als nicht begründungsbedürftig oder erklärte die Rechtsüberschreitung schlicht zur rechtskonformen Norm – eine Praxis, für die Richard Nixon die prägnantesten Worte wählte: »Wenn es der Präsident tut, kann es nicht illegal sein.«

Warum diese vielfach als »Präsidialdiktatur« oder »Neo-Cäsarismus«<sup>4</sup> kritisierte Entwicklung keine Legitimationskrise heraufbeschwört, gehört zu den rätselhaften Seiten der amerikanischen Demokratie. Robert McMahon sieht im Bedürfnis nach starker Führung die Kehrseite einer amerikanischen Sicherheitsobsession, die weit über den Kalten Krieg hinaus wirkmächtig geblieben ist. Im Grunde handelt es sich um ein seit dem 18. Jahrhundert periodisch, gleichsam in Wellenbewegungen auftretendes Phänomen. Selbst in Zeiten, als die USA in jeder Beziehung drückend überlegen waren und keinen Konkurrenten fürchten mussten, blieben Verwundbarkeitsfantasien virulent. Alle Gruppen und Schichten der Bevölkerung teilten sie, Eliten beuteten sie für ihre Zwecke aus – offensichtlich umso mehr, je stärker sie selbst im Bann infektiöser Ängste standen. Von einer spezifisch amerikanischen Anfälligkeit zu sprechen, scheint nicht übertrieben. Spätestens seit Richard Hofstadters vielzitiertem Aufsatz über den »paranoiden Zug« in der amerikanischen Politik kann beinahe von einem Konsens bei der Beschreibung des Problems gesprochen werden.<sup>5</sup> Den Ursachen auf die Spur zu kommen, erweist sich indes als wesentlich schwieriger.

In diesem Zusammenhang erinnert man sich wieder an die »revisionistische Schule« und ihren Vordenker William Appleman Williams. Dieser identifiziert in seinem umfänglichen Werk<sup>6</sup> immer wieder die Vorstellung eines amerikanischen »Exzeptionalismus« als Quelle von Verunsicherung, Misstrauen und Angst. »Exzeptionalismus« meint in diesem Zusammenhang zweierlei: Die USA sind eine einzigartige Nation, und ihre Einzigartigkeit ist nur so lange gesichert, wie man die Weltwirtschaft dominiert und dafür sorgt, dass möglichst viele andere Nationen sich das Modell amerikanischen Wirtschaftens zu eigen machen. Im Grunde geht es um

---

4 Clinton Rossiter, *Constitutional Dictatorship: Crisis Management in the Modern Democracies*, Princeton 1948 (New Brunswick 2002); Bernd Greiner, *9/11: Der Tag, die Angst, die Folgen*, München 2011, S. 131–173.

5 Richard Hofstadter, *The Paranoid Style in American Politics and Other Essays*, Cambridge, Mass. 1965.

6 Vgl. William Appleman Williams, *Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie*, Frankfurt am Main 1973.

eine zivilreligiöse Aufladung des Freiheitsbegriffs und dessen stets präsenten Zwilling: die Nervosität, die sich angesichts eines im Wandel begriffenen Umfelds einstellt, weil die Unberechenbarkeit dieses Wandels latent oder unmittelbar die Gefahr einer Beschneidung wirtschaftlicher Handlungsspielräume birgt und mithin als Bedrohung amerikanischer Freiheit und Einzigartigkeit gedeutet werden kann (William Walker).

So gesehen ist es geradezu zwangsläufig, dass die Geschichte der Globalisierung in den USA mit einer Dauerkonjunktur diffuser Ängste und der Unterstellung einhergeht, Konkurrenten hätten im Grunde nur eines im Sinn: die vorbildliche Nation – »die beste und letzte Hoffnung der Menschheit« (Barack Obama) – so weit zu schädigen, dass sie nicht länger Vorbild sein kann oder gar zu Fall kommt. Während des Zweiten Weltkrieges bedurfte diese Sicht der Dinge, einschließlich eines ins Maßlose übersteigerten Bedrohungsgefühls, keiner weiteren Begründung mehr. Die Wende zum politischen Internationalismus war also zugleich die Geburtsstunde einer politischen Imagination, die konsequent auf einen manichäischen Kampf zwischen Gut und Böse, »zwischen den Mächten des Lichts und der Finsternis« fixiert war und in der Entschlossenheit mündete, »eine Art vollkommener Sicherheit zu erlangen« (Robert McMahon). Seither ist Sicherheit ein Synonym für massive militärische Überlegenheit. Einen realen oder potenziellen Feind in allen Belangen ausstechen zu können und auch gegen Koalitionen von Feinden die Oberhand zu behalten, entwickelte sich zur ehernen Regel, geteilt von allen Parteien und von allen Präsidenten verlässlich befolgt.

Der Kalte Krieg konservierte diese Tradition nicht bloß, er reicherte sie auf ganz besondere Art und Weise an. Konfrontiert mit einem weltanschaulichen Gegenentwurf zum amerikanischen Freiheitsmodell, forcierten die USA ihre Rüstungsprogramme auch und gerade in der Zeit, als die UdSSR militärisch ausgesprochen schwach war, von einer Bedrohung nationaler Sicherheit im engeren Sinne mithin keine Rede sein konnte. Weil aber die Sicherheit der Nation stets im erweiterten, um nicht zu sagen entgrenzten Sinn uneingeschränkter Wirtschaftsfreiheit gedeutet wurde, galten feindlich beeinflusste Unruheherde in Übersee oder die bloße Vorstellung derselben als im Prinzip nicht hinnehmbar. Diesen Zusammenhang hat Robert McMahon im Blick, wenn er von inflationierter Angst als dem »beständigsten Vermächtnis des Kalten Krieges« spricht. So sehr sich die heutige Zeit von der verblichenen Welt der Systemkonfrontation unterscheiden mag, »die Ängste und Unsicherheiten [sind] so stark und alles durchdringend geblieben wie zuvor«. Angesichts von »9/11« und weltumspannender Terrornetzwerke scheinen die Aussichten auf einen Wandel in absehbarer Zeit erst recht eingetrübt (Sean N. Kalic).

Soweit zur psychologisch-mentalenen Grundierung des »nationalen Sicherheitsstaates« amerikanischen Zuschnitts. Mit dessen institutioneller Seite, genauer gesagt dem »säkularen Trend« zur Stärkung der Exekutive im Allgemeinen und der Machtprivilegierung des Präsidentenamtes im Besonderen, beschäftigt sich der Beitrag von Bernd Greiner. Dass machtbewusste Präsidenten für sich in Anspruch nehmen, nach eigenem Gutdünken die Gewaltenteilung außer Kraft setzen zu dürfen, sollte nicht weiter verwundern; dergleichen hatten bereits die Autoren der »Federalist Papers« und mit ihnen die Verfassungsväter vor Augen, als sie ihr ausgeklügeltes System von »checks and balances« entwarfen. Warum sich hingegen die Legislative diesem Anspruch beugt, also aus freien Stücken auf ihr Recht und ihre Pflicht zur Kontrolle verzichtet, steht auf einem anderen Blatt.

Auch diesbezüglich brachte der Kalte Krieg eine Entwicklung von widerborstiger Nachhaltigkeit auf den Weg. Zur Erinnerung: Vor 1945 wies der Kongress übergreifende Präsidenten regelmäßig in die Schranken. Beispielsweise wurden im Laufe eines Krieges erteilte Sondervollmachten am Ende der Kampfhandlungen wieder zurückgenommen. Bisweilen engte man den Handlungsspielraum des Weißen Hauses gar zusätzlich ein, als bedürfte das Prinzip der Gewaltenteilung stets einer symbolischen Bestätigung. So geschehen am Ende des Ersten Weltkrieges, als der Senat den hinter seinem Rücken ausgehandelten Beitritt zum Völkerbund annullierte, so geschehen in den 1930er Jahren, als der Kongress mit Blick auf einschlägige Erfahrungen im Vorfeld des Ersten Weltkrieges eine Reihe von Neutralitätsgesetzen verabschiedete, die Franklin D. Roosevelt in der Außen- und Sicherheitspolitik enge Grenzen setzten. Mit dem Beginn des Kalten Krieges gehörte diese Tradition der Vergangenheit an, unwiderruflich, wie es scheint.

Im Grunde geriet die Berufung auf »nationale Sicherheit« zu einer Art Zauberformel, mittels derer die Spielregeln der Politik, vorweg der Außen- und Militärpolitik, verändert wurden. Überproportionaler Machtzuwachs auf der einen Seite und Selbstentmachtung auf der anderen Seite – »Imperial Presidency« und »Invisible Congress« – lauten die allseits bekannten Schlagworte bei der Beschreibung dieses Prozesses. Mittlerweile wird die kumulative Überdehnung präsidialer Befugnisse, zumal unter dem Vorzeichen eines Notstandsregimes wie nach »9/11«, schon gar nicht mehr als Regelverletzung, sondern als Gewohnheitsrecht wahrgenommen. Nicht zuletzt wegen der jahrelangen Exzesse unter der Regierung George W. Bush liegt die Versuchung nahe, von einem in erster Linie amerikanischen Problem zu sprechen. Die Erfahrungen, die Europa in der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts machte, sollten indes zu größerer Nachdenklichkeit Anlass geben; und die im Zuge der Finanz- und Währungskrise seit

2008 beklagte Abwertung der Parlamente nicht minder. Das intellektuelle Rüstzeug zu einer Debatte, die amerikanischen wie europäischen Reaktionen auf extreme Herausforderungen gleichermaßen gerecht wird, hat Clinton Rossiter mit seinem Buch über »Constitutional Dictatorship« bereits im Jahr 1948 zur Verfügung gestellt.

Sobald und solange Sicherheit im Vergleich zum Recht das höhere Gut ist, stehen auch mühsam erkämpfte und vermeintlich unhintergehbare Errungenschaften wie das Verbot der Folter zur Disposition. Mit Richard Cheney gesprochen: »Wir müssen unsere dunkle Seite starkmachen.« Warum der Kalte Krieg eine wichtige Station auf dem Weg nach Abu Ghraib war, erörtert Bettina Greiner. Seit den frühen 1950er Jahren erprobten CIA und Militäргеheimdienste ein Repertoire von Foltermethoden, das im »Krieg gegen den Terror« erneut ausgeschöpft wurde. Allerdings kommt man bei der Lektüre damaliger und heutiger Handbücher nicht auf die Idee, »dass Folter etwas mit Blut, Schweiß und Tränen zu tun hat. Sie wird stattdessen als saubere Wissenschaft betrieben. [...] Die Androhung von Gewalt, heißt es, sei wirksamer als die Anwendung von Gewalt.« Genau darum ging es im Kalten Krieg: möglichst wenig Spuren zu hinterlassen und im Zweifel die Anwendung von Foltermethoden mit anscheinend plausiblen Argumenten bestreiten zu können. Wer sich erwischen ließ, riskierte Rückschläge auf dem wichtigsten Kampffeld der Zeit, im moralischen Abnutzungskrieg um die »Herzen und Seelen« der Weltöffentlichkeit. Die seither perfektionierte stille Folter, auch »weiße« oder »psychologische Folter« genannt, bleibt auch deshalb unverändert attraktiv, weil ihre Mittel und Methoden zur moralischen Entlastung oder Selbstimmunisierung geeignet sind: Folterer können für sich in Anspruch nehmen, nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen vorzugehen, also den Respekt vor ethischen Grundsätzen zu wahren.

Gleichwohl bietet diese Historisierung von Folterpraktiken nur grobe Annäherungswerte. Denn es bleibt die sperrige Frage nach dem »institutionellen Gedächtnis« der Apparate, also danach, wer unter welchen Bedingungen und in welcher Weise »abgespeichertes Folterwissen« aktiviert. Und wer erfolgreich oder umsonst Widerspruch anmeldet. Wie es scheint, war die Skepsis bei Geheimdienstlern und Militärs viel stärker ausgeprägt als bei den zivilen Entscheidungsträgern der Administration Bush jr. Womit eine Traditionslinie ganz anderer Art in den Blick kommt: Zivilisten gerierten sich gerne als besonders markante »kalte Krieger«, skrupelloser, mutiger und weitblickender als die Zauderer in Uniform, weil sie mit »harten Tönen« bei Wählern am besten punkten konnten. Oder zumindest der Meinung waren, besser punkten zu können. Auf dieser Beobachtung gründet beispielsweise die These, dass George W. Bush nicht trotz, sondern we-

gen der Bilder aus Abu Ghraib wiedergewählt wurde. In anderen Worten: Wer eine Gesellschaftsgeschichte des Kalten Krieges und seiner Hinterlassenschaften anstrebt, hat noch einen langen Weg vor sich.

Populäre Imaginationen können selbst berechtigte Zweifel am Wert und an der Zuverlässigkeit von Sicherheitstechnologien zum Verstummen bringen. Darauf verweist John Philipp Baesler am Beispiel des Lügendetektors. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts erfunden, setzte er sich während des Kalten Krieges flächendeckend durch und wird seither nicht nur im Militär und bei Strafverfolgungsbehörden eingesetzt, sondern auch in der Wirtschaft – ungeachtet aller Erfahrung, dass man auf diesem Weg selten konkrete Resultate und erst recht keine greifbaren Wahrheiten zutage fördert. Weil aber das »Aufdecken von Lügnern und Schwindlern und das Streben nach Authentizität« oder der Kampf von »Ehrlichkeit gegen Verstellung« zum Inventar amerikanischer Sicherheitsobsessionen gehört, hat der Lügendetektor nichts von seiner suggestiven Attraktivität eingebüßt. Wie ehemals bedient er die Fantasie, mit wissenschaftlich normierten Verfahren Sicherheitslücken aufdecken zu können – von der Identifizierung illoyalen Denkens bis hin zum Aussortieren ganzer Bevölkerungsgruppen.

Bei Imaginationen handelt es sich bekanntlich immer auch um soziale Konstruktionen des Uneindeutigen und Ungefährlichen. Dass dabei nicht allein die Vielschichtigkeit der Materie, sondern auch schlicht der Mangel an empirischen Basisdaten eine Rolle spielt, demonstriert Rolf Hobson in seiner Polemik wider die thematische Selbstvergessenheit von Zeithistorikern diesseits wie jenseits des Atlantiks. Warum wissen wir ausgerechnet über jene Gruppe amerikanischer Intellektueller so wenig, die von Berufs wegen sich als Produzenten von Sicherheit verstehen? Woher rührt das geringe wissenschaftliche Interesse am Wirken und Einfluss von *defense intellectuals*? Welche stillschweigenden Annahmen fließen in ihre Vorstellungen »über Demokratie, internationale Verhältnisse und die Anwendung von Gewalt« ein? Hobsons Grundverdacht erscheint plausibel: Die Welt der *defense intellectuals* stellt sich wie ein hermetisch geschlossenes System zwischen Auftraggebern und Auftragnehmern dar, das nach denkbar einfachen Regeln funktioniert. Demnach fließen die finanziellen Zuwendungen aus Militär, Politik und Stiftungen nur so lange, wie die Empfänger auf eine Selbstverständlichkeit akademischen Arbeitens verzichten – nämlich auf Kontrolle und Selbstkontrolle bei Methoden wie Ergebnissen. Auch das Fehlen eines kritischen Blicks von außen passt in dieses Bild. »Es ist durchaus möglich, dass die ›nationale Sicherheit‹ derart affektiv besetzt ist, dass einige Institutionen von dieser unnachgiebigen Kontrolle ausgenommen werden. In diesem Fall ließe sich sagen: So wie

die Politik in der Öffentlichkeit keine schmutzige Wäsche wäscht, erstreckt sich kritische Forschung auch nur bis an die Schwelle der Denkfabriken.« In diesem Sinne könnte man die Produktion von Ideen und Konzepten zur »nationalen Sicherheit« als selbst verordnete Stagnation deuten, die kulturell tief verwurzelt ist und folglich gegen Anfechtungen jedweder Art immun bleibt. Die Folgen sind auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik zu besichtigen.

## Außen- und Sicherheitspolitik

Wie immer künftig über die gesellschaftliche Rolle und historische Bedeutung von *defense intellectuals* diskutiert werden mag, fest steht, dass ihr Ideenreservoir aus der Zeit des Kalten Krieges noch heute wirkmächtig ist. Die notorisch präesente Debatte über die Vor- und Nachteile eines Präventiv- oder Präemptivkrieges illustriert diese Beobachtung auf ebenso drastische wie bedenkliche Weise.

Ist es ratsam, einen Krieg vorzeitig vom Zaun zu brechen? Bevor der Feind sein Waffenarsenal gefüllt hat und solange man selbst die Chance hat, mit vergleichsweise geringem Schaden davonzukommen? Seit der Antike haben Anhänger der Präventivkriegsdoktrin diese Fragen bejaht, erst recht, wenn man es mit einem Gegner zu tun hatte, der angeblich durch nichts und niemanden zu korrigierende Eroberungsabsichten hegte. Nach dem Test der ersten sowjetischen Atombombe im August 1949 war das Thema erneut auf der Tagesordnung, mal offen, mal versteckt, aber stets mit ein und denselben Argumenten. Wenn ein Krieg auf lange Sicht gesehen ohnehin unvermeidbar ist, dann sollte man ihn lieber früher als später und in jedem Fall aus einer Position der Stärke führen – eine Sichtweise, die in den frühen 1950er Jahren nicht allein von Militärstrategen, sondern auch von führenden Politikern wie Harry S. Truman, Winston Churchill oder Charles de Gaulle vertreten wurde.<sup>7</sup> Andererseits hatten Nuklearwaffen das Vernichtungsrisiko dermaßen gesteigert, dass eine nüchterne Einsicht die Oberhand behielt: Wer als Erster schießt, stirbt als Zweiter. Gedankliche Rückfälle bestätigten auch hier die Regel, wie John F. Kennedy im Juli 1963 zu erkennen gab. Alarmiert über Maos Nuklearprogramm

---

7 Marc Trachtenberg, *The Cold War and After. History, Theory, and the Logic of International Politics*, Princeton, Oxford 2012, S. 247–281. Zur Entwicklung und Relevanz von Präventivkriegsstrategien im Kalten Krieg vgl. auch Bernd Greiner, *Politik am Rande des Abgrunds? Die Außen- und Militärpolitik der USA im Kalten Krieg*, Heilbronn 1986, S. 53–90.

und die »unannehmbare« Möglichkeit einer chinesischen Atombombe, streckte der Präsident in Moskau diplomatische Fühler aus. Und schlug den Sowjets allen Ernstes vor, die VR China mit einem gemeinsamen Präventivschlag atomar zu entwaffnen.<sup>8</sup> Gut sechs Jahre später kam Leonid Breschnew nach den Grenzzwischenfällen am Ussuri auf die Idee zurück.

Der Kalte Krieg war kaum zu Ende, als die Rolle des unberechenbaren Dritten auf sogenannte »Schurkenstaaten« wie Nordkorea, Irak oder Iran überging. 1994 stand die Administration Clinton kurz vor einem Angriff auf die Atomanlagen Nordkoreas. Wie bereits ein flüchtiger Blick auf interne Debatten zeigt, waren die Begründungen für einen Militärschlag praktisch deckungsgleich mit jenen Erklärungen, die George W. Bush Jahre später im »Krieg gegen den Terror« und insbesondere im Vorfeld des Angriffs auf den Irak geltend machte. »Wenn wir abwarten, bis sich Bedrohungen voll entfaltet haben, werden wir zu lange gewartet haben«, erklärte Bush Anfang Juni 2002 vor Kadetten der Militärakademie Westpoint. »Wir müssen den Kampf zum Feind bringen, seine Pläne vereiteln und den schlimmsten Gefahren begegnen, bevor sie an den Tag treten. In dem Zeitalter, in das wir gerade eingetreten sind, ist Handeln der einzige Weg zur Sicherheit.«<sup>9</sup> Wohlgemerkt: Ob Saddam Hussein bereits über Massenvernichtungswaffen verfügte, war nicht das Problem. Uninteressant war auch die Frage, ob und wie wahrscheinlich es war, dass er sich derartige Waffen zulegen könnte. Was einzig zählte, war die Möglichkeit, nicht die Wahrscheinlichkeit. Eben weil es nicht unmöglich war, dass Saddam sich erstens atomar bewaffnen und zweitens Terrororganisationen nuklear ausstaffieren würde, galt er als elementare Gefährdung der nationalen Sicherheit.

Dieser Merksatz – wonach die Risiken des Nichthandelns wesentlich größer sind als die Risiken des Handelns – war in den 1950er Jahren von *defense intellectuals* der RAND Corporation als »One Percent Doctrine« popularisiert worden: Man muss einem Feind zuvorkommen, auch wenn die Verdachtsmomente nur eine von 100 möglichen Varianten abdecken. In den Worten von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld: »Der abso-

---

8 Trachtenberg, *Cold War and After*, S. 255f. Der Philosoph Karl Jaspers machte sich noch Jahre später für den Vorschlag eines Präventivkrieges gegen die VR China stark. Vgl. Karl Jaspers, *Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen, Gefahren, Chancen*, München 196, S. 230.

9 George W. Bush, zit. n. Ron Suskind, *The One Percent Doctrine. Deep Inside America's Pursuit of Its Enemies since 9/11*, New York 2006, S. 149f. Vgl. Trachtenberg, *Cold War and After*, S. 249, 263ff.

lute Beweis kann keine Vorbedingung für Handeln sein.«<sup>10</sup> Am 20. September 2002 wurde die alte Doktrin in der neuen »National Security Strategy of the United States of America« offiziell verkündet. Wieder einmal entwarf man eine Politik für die Zukunft auf den Gewissheiten der Vergangenheit. Die Sieger der Geschichte stellten die Fragen von Siegern. Warum sollte im »Krieg gegen den Terror« scheitern, was im Kampf gegen die Sowjetunion funktioniert hatte? Was sprach gegen die Erwartung, eine Horde von »Schurkenstaaten« derart einzuschüchtern, dass sie erst gar nicht auf den Gedanken kämen, die Autorität der Vereinigten Staaten herauszufordern, geschweige denn Amerika schweren Schaden zuzufügen?

So sehr sie um Distanz zur Vorgängerregierung bemüht war, am vermeintlichen Recht der USA auf Präventivkriege hielt die Administration Barack Obama unvermindert fest. Beispielsweise folgt die drastische Ausweitung des Einsatzes von Drohnen gegen Terrorverdächtige den planierten Denkpfad: vorbeugende Abwehr durch gezielte Tötungen und gegen einen Personenkreis, der bisher noch nicht aktiv geworden ist, aber irgendwann in der Zukunft gefährlich werden könnte. Auch auf dem »Schlachtfeld der Zukunft«, dem Cyberspace, ist laut Verteidigungsminister Leon Panetta eine gute Verteidigung längst nicht mehr gut genug. Die USA würden, so Panetta in einer Grundsatzrede am 11. Oktober 2012 in New York, ihr gesamtes Repertoire für einen Cyberangriff einsetzen, »wenn wir die unmittelbare Gefahr eines Angriffs [mit Computerviren] erkennen, der großen materiellen Schaden anrichten oder gar amerikanische Bürger töten würde«.<sup>11</sup> Dass der Präventivschlag ausschließlich mit IT-Waffen geführt und sich nur gegen Computerzentren des Feindes richten würde, ist damit nicht gesagt. So gesehen wäre dem Friedensforscher Dieter Senghaas zuzustimmen, dass der Kalte Krieg auf dem Gebiet von Abschreckungs- und Kriegführungsstrategien mehr Kontinuitäten als Brüche hinterlassen hat.<sup>12</sup>

Es gehört zu den ironischen Pointen in der Geschichte des Kalten Krieges, dass Hochrüstung und Fantasien über nukleare Präventivkriege auch zur Stärkung neuer »Sicherheitsarchitekturen« beigetragen haben. Sosehr man die Instrumentalisierung der Vereinten Nationen durch die Supermächte kritisieren kann, so wenig lässt sich deren Erfolgsgeschichte leug-

---

10 Donald Rumsfeld während eines Treffens mit NATO-Verteidigungsministern in Brüssel am 6. Juni 2002, zit. n. Suskind, *One Percent Doctrine*, S. 123.

11 Leon Panetta, zit. n. Matthias Rüb, »Plan X für den nächsten Präventivkrieg«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22. 10. 2012, S. 6.

12 Dieter Senghaas, *Weltordnung in einer zerklüfteten Welt. Hat Frieden Zukunft?*, Berlin 2012, S. 126.

nen. Nicht umsonst werden internationale Organisationen in der neueren Forschung als unverzichtbare Säulen zur Einhegung von Konflikten und zur Bändigung von Gewaltpotenzialen angesehen.<sup>13</sup> Gleiches gilt für die unter dem Eindruck der Kubakrise getroffene Entscheidung, Lateinamerika zur atomwaffenfreien Zone zu erklären. Und während man in den USA der Vorstellung verhaftet blieb, Sicherheit primär mit militärischen Mitteln zu schaffen, entwickelte sich Europa zusehends zu einem »Laboratorium für innovative Konzepte und Verfahrensweisen« vertrauensbildender Diplomatie (Vojtech Mastny).

Deshalb hat sich die Rede von der Geburt Europas aus dem Geist des Kalten Krieges eingebürgert.<sup>14</sup> Zwar hatten bereits der Schock des Zweiten Weltkrieges und die Erkenntnis, mit einer fehlgeleiteten Politik nationaler Abschottung in den 1920er und 1930er Jahren diesem Krieg Vorschub geleistet zu haben, das Bedürfnis nach einem engeren Zusammenschluss geweckt. Und doch bedurfte es eines zusätzlichen Impulses, damit den Einsichten auch Taten folgten. Erst die Frontstellung gegen einen gemeinsamen Feind im Osten dynamisierte die französischen Visionen einer transnational verzahnten Schwerindustrie und brachte mit der »Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl« jenes »kleineuropäische Wirtschaftsbündnis« hervor, das zum Vorbild weiterer Einigungsschritte wurde (Dieter Krüger). Zugleich wies die von Robert Schuman und Jean Monet angestoßene Entwicklung weit über den engstirnigen Rahmen des Kalten Krieges hinaus. Statt eine »Kultur des Misstrauens und des Verdachts« zu konservieren, förderte sie das Nachdenken über eine »Infrastruktur des Vertrauens« sowie die Bereitschaft, »sich auf einen langfristigen, offenen Prozess mit ungewissem Ausgang« einzulassen (Vojtech Mastny). Demnach kann Sicherheit weder zulasten anderer gestärkt werden, noch die Angst vor Vergeltung und gegenseitiger Vernichtung zur Voraussetzung haben. Als 1975 die »Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« (KSZE) mit dem Abkommen von Helsinki den Rahmen für eine institutionalisierte Kooperation zwischen Ost und West setzte, wurde nicht allein die Idee einer »Zivilmacht Europa« geboren. Auch die gedankliche Trennung des Kontinents erschien antiquiert, zumal das Konzept einer gemeinsamen Sicherheitspolitik in Osteuropa zusehends Anhänger fand.

---

13 Steven Pinker, *Gewalt. Eine neue Geschichte der Menschheit*, Frankfurt am Main 2011, S. 434 ff.

14 Sebastian Rosato, *Europe United. Power Politics and the Making of the European Community*, Ithaca, London 2011.

Gleichwohl unterlief der Kalte Krieg immer wieder den Prozess der europäischen Integration und gab insgesamt eine »widersprüchliche Fahrtrichtung« vor. Insbesondere die Gründung der NATO stärkte den Nationalisten jeder Couleur den Rücken. Fusionierte Souveränität? Integrierte militärische Kommandostrukturen? Gemeinsame Nutzung militärischer Ressourcen? Als im April 1949 der Nordatlantikpakt aus der Taufe gehoben wurde und die USA eine Sicherheitsverpflichtung gegenüber ihren europäischen Partnern hinterlegten, waren diese lästigen Fragen obsolet, sehr zur Freude britischer Europegegner und französischer Traditionalisten, die vom Großmachtanspruch nicht lassen und ihre Nationen als hegemoniale Taktgeber in Europa sehen wollten. Kurz: Die NATO kam dem noch immer tief verwurzelten Bedürfnis entgegen, »nationale Souveränität bei minimalen Einbußen an Handlungsfreiheit maximal zu stärken« (Dieter Krüger). Insofern war es nur konsequent, dass 1954 das Projekt einer Europäischen Politischen Gemeinschaft nebst der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ad acta gelegt wurde. Ein Webfehler mit gravierenden Folgen: Weil eine politische Union ohne militärische Integration nicht wetterfest ist, verheddert sich Europa bis heute im Gestrüpp nationaler Vorbehalte. Mal stehen die Defizite bei der gemeinsamen Währungs-, Wirtschafts- und Fiskalpolitik im Mittelpunkt, mal der Zank über defizitäre Bürgerbeteiligung einerseits und dominante Exekutiven andererseits und immer wieder die Außen- und Sicherheitspolitik. Letztere wird so lange nicht vom Fleck kommen, wie man am Prinzip der Einstimmigkeit und der institutionalisierten Huldigung staatlicher Souveränitätsvorbehalte festhält. Dass bis heute kein Paradigmenwechsel erkennbar ist, unterstreicht das Gewicht dieser Hypothek.

Folglich wurden alle nach der Auflösung des Warschauer Pakts fälligen Militärreformen auf nationalstaatlicher Ebene in Angriff genommen, vom Umbau der Streitkräfte über Beschaffungsprogramme bis hin zur Anpassung von Einsatzdoktrinen an veränderte weltpolitische Umstände. Mit Blick auf die Niederlande konstatiert Roy de Ruiter eine erfolgreiche Kurskorrektur. Man schaffte die Wehrpflicht ab, halbierte die Streitkräfte und verpflichtete Luftwaffe, Marine und Heer auf den Primat von »Krisenreaktionseinsätzen«. Und ein kostenorientiertes Etatmanagement hielt den ersten Belastungsproben der weltweiten Finanzkrise stand. Deutschland musste im Grunde mit den gleichen Problemen fertigwerden. Aber die Bilanz bleibt nach 20 Jahren weit hinter den Anforderungen und Notwendigkeiten zurück. Zwar wurden strategische Rahmendokumente und fallbezogene Konzepte zuhauf entwickelt. Aber »dazwischen gibt es nichts, weder nationale Strategiedokumente mit konkretem Zeithorizont (die regelmäßig vorgelegt werden müssten) noch strategische Planungszentren,

die diesen Prozess begleiten, noch Evaluierungsinstrumente, die eine Bilanzierung der konkreten Sicherheits- und Militärpolitik vornehmen« (Klaus Naumann).

Im deutschen Fall ist die eigentümliche Verschränkung einer doppelten Vergangenheit zu beobachten. Die Lektionen des Zweiten Weltkrieges wie auch die Bedingungen des Kalten Krieges liefen – unabhängig voneinander und zumal im beiderseitigen Wechselspiel erst recht – auf eine politische Selbstbindung hinaus. Auf das Rollenmodell einer zurückhaltenden Zivilmacht nämlich, die einzig auf die Landesverteidigung ausgerichtet ist, dem Primat von Politik und Recht folgt und obendrein auf die volle strategische Souveränität bewusst verzichtet. Die Delegation strategischer Planungshoheit an die NATO erschien vor diesem Hintergrund nicht als Manko, sondern als erhaltenswerte Tugend. In anderen Worten: Es gab stets einen normativen Überschuss bei der Bewahrung einschlägiger Strukturen, Verfahren und institutioneller Mechanismen, eine besondere Prämie zum Erhalt des Eingetübten. Darauf zielt die Rede von der strukturellen Pfadabhängigkeit. Wie immer man Auslandseinsätze der Bundeswehr beurteilt und die Frage beantwortet, ob deutsche Truppen zu anderen Zwecken als der Landes- und Bündnisverteidigung eingesetzt werden sollten – dass derartige Debatten eine vernetzte Kommunikation zwischen professionellen Eliten, Bürokratie, Parlament und Öffentlichkeit voraussetzen, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Ihr auf Dauer nicht nachzukommen heißt, das Risiko von Legitimationsdefiziten und eines gestörten Verhältnisses zwischen Streitkräften und Gesellschaft einzugehen. Just um diese Pointe geht es Klaus Naumann: dass ausgerechnet der deutsche Umgang mit der Vergangenheit einer demokratieverträglichen Zukunftspolitik im Wege stehen könnte.

[...]

## Inhalt

BERND GREINER Spurensuche: Zum Erbe des Kalten Krieges	9
<b>Der nationale Sicherheitsstaat</b>	43
ROBERT J. McMAHON Der verwundbare Gigant: Unsicherheitsdebatten in den USA	45
WILLIAM WALKER Der Nationale Sicherheitsstaat	59
BERND GREINER Das lange Leben der »Imperialen Präsidentschaft«	74
SEAN N. KALIC »Framing the Discourse«: Die Rhetorik des Krieges gegen den Terror	97
BETTINA GREINER Nach Abu Ghraib	111
JOHN PHILIPP BAESLER Die Macht des Lügendetektors im amerikanischen Sicherheitssystem	128
ROLF HOBSON »Defense Intellectuals«: Zur Karriere von Schreibtischstrategen	148
<b>Außen- und Sicherheitspolitik</b>	159
VOJTECH MASTNY Nachhaltige Sicherheitsarchitekturen	161
DIETER KRÜGER Sicherheit durch Integration: NATO, EU und der lange Schatten des Kalten Krieges	176
ROY DE RUITER Abschied vom Kalten Krieg: Das Beispiel Niederlande	194
KLAUS NAUMANN Ein zäher Wandel: Deutsche Sicherheits- und Militärpolitik	209

GERD HANKEL Humanitäre Intervention: Zur Karriere eines Konzepts	227
GIORGIO FRANCESCHINI Die nukleare Modernisierung der USA	244
CHRISTOPH LAUCHT Zurück in die nukleare Zukunft: Das Beispiel Großbritannien	263
MICHAEL BRZOSKA, GÖTZ NEUNECK Vagabundierende Atomwaffen? Das sowjetische Arsenal nach 1991	274
<b>Gesellschaft, Wirtschaft, Recht</b>	293
SARAH B. SNYDER Transnationaler Menschenrechtsaktivismus	295
ANJA MIHR Menschenrechtsorganisationen: Das Beispiel Amnesty International	309
JAMES BURNHAM SEDGWICK Internationales Strafrecht: Zur Entwicklung einer Disziplin	327
PHILIPP GASSERT Die Entstehung eines neuen Umweltbewusstseins	343
MELANIE ARNDT Tschernobyl in Deutschland	364
STEFANIE VAN DE KERKHOF »Business is War«? Zur Kontinuität militärstrategischen Denkens in Management und Consulting	383
BERTHOLD VOGEL Der »sorgende Staat« – ein Kriegsprodukt?	401
<b>Staatsbildung und Staatszerfall</b>	413
HEONIK KWON Auf der Spur des Kalten Krieges im Globalen Süden	415
SASCHA HELBARDT, RÜDIGER KORFF Staatenbildung in Südostasien	428

LORENZ LÜTHI Chinas Wirtschaftswunder	447
HANS-JOACHIM SPANGER Staatszerfall: Ein Erbe des Kalten Krieges?	463
HARTMUT QUEHL Zum Umbau von Kriegsgesellschaften: Eritrea, Kurdistan und Nicaragua	480
Zu den Autorinnen und Autoren	499

## Zu den Autorinnen und Autoren

**Melanie Arndt**, Dr. phil., Historikerin, Carson-Fellow am Rachel Carson Center for Environment and Society der LMU München und Projektleiterin am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Arbeitsschwerpunkte: Zeitgeschichte; Umwelt- und Sozialgeschichte; historische Katastrophenforschung; Zivilgesellschaft; transnationale Geschichte.

Neuere Publikationen: »Memories, Commemorations, and Representations of Chernobyl«, in: *Anthropology of East Europe Review* 30 (2012) 1, S. 1–12; Tschernobyl: Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die Bundesrepublik und die DDR, Erfurt/Berlin 2011; »Verunsicherung vor und nach der Katastrophe. Von der Anti-AKW-Bewegung zum Engagement für die ›Tschernobyl-Kinder‹«, in: *Zeithistorische Forschungen* 7 (2010) 2, S. 240–258.

**John P. Baesler**, Prof., PhD, Historiker, Assistant Professor für neuere amerikanische Geschichte an der Saginaw Valley State University, Michigan. Arbeitsschwerpunkte: US-Sicherheitspolitik im Kalten Krieg; Kultur der Geheimdienste.

Neuere Publikationen: *Clearer than Truth: The Polygraph in Cold War America*, Athens, GA, Georgia (in Vorbereitung).

**Michael Brzoska**, Prof. Dr., Wirtschaftswissenschaftler und Politologe, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) in Hamburg. Arbeitsschwerpunkte: Rüstungskontrolle und Abrüstung; Sanktionspolitik; Sicherheitssektorreform (SSR); Waffenhandel und Proliferation.

Neuere Publikationen: (Hg.), *Conversion Survey: Global Disarmament, Demobilization and Demilitarization*, London/Baden-Baden 1996–2005; »Rüstungsdynamik und -proliferation«, in: Mir A. Ferdowsi (Hg.), *Internationale Politik als Überlebensstrategie*, München 2009, S. 25–51.

**Giorgio Franceschini**, M.Sc., Physiker, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main. Arbeitsschwerpunkte: nukleare Nichtverbreitung; Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Neuere Publikationen: »IAEO – Internationale Atomenergieorganisation«, in: Katja Freistein/Julia Leininger (Hg.), *Handbuch Internationale Organisationen: Grundlagen und Akteure*, München 2012, S. 119–128; »The NPT review process and strengthening the treaty: Peaceful uses«, EU

Non-proliferation Paper Nr. 11, 2012; »Eine Welt ohne Kernwaffen: falsche und richtige Fragen«, in: Jochen Hippler u. a. (Hg.), Friedensgutachten 2010, Berlin 2010, S. 317–329.

**Philipp Gassert**, Prof. Dr., Historiker, Inhaber des Lehrstuhls für die Geschichte des europäisch-transatlantischen Kulturraums an der Universität Augsburg und Mitbegründer des Heidelberg Center for American Studies. Arbeitsschwerpunkte: internationale Geschichte des 20. Jahrhunderts; Geschichte transatlantischer Beziehungen; Nationalsozialismus; deutsche und europäische Geschichte nach 1945.

Neuere Publikationen: zus. mit Tim Geiger/Hermann Wentker (Hg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung: Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011; zus. mit Mark Häberlein und Michael Wala, Kleine Geschichte der USA, Stuttgart 2007; Kurt Georg Kiesinger, 1904–1988: Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006.

**Bernd Greiner**, Prof. Dr., Historiker und Politologe, ist Leiter des Arbeitsbereiches »Theorie und Geschichte der Gewalt« am Hamburger Institut für Sozialforschung und Professor am Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaft der Universität Hamburg. Arbeitsschwerpunkte: US-amerikanische Geschichte des 20. Jahrhunderts – unter besonderer Berücksichtigung des Kalten Krieges, der Beziehungen zwischen Militär und Zivilgesellschaft seit 1900, des deutsch-amerikanischen Verhältnisses; deutsche Amerikabilder; Theorie der Gewalt und internationaler Beziehungen.

Neuere Publikationen: 9/11. Der Tag, die Angst, die Folgen, München 2011; Die Kuba-Krise. Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, München 2010; Krieg ohne Fronten: Die USA in Vietnam, Hamburg 2007.

**Bettina Greiner**, Dr. phil., Historikerin, ist Koordinatorin der Berliner Colloquien zur Zeitgeschichte (ein Projekt des Hamburger Instituts für Sozialforschung in Kooperation mit dem Einstein Forum Potsdam). Arbeitsschwerpunkte: politische Verfolgung und (Lager-)Haft im 20. Jahrhundert.

Neuere Publikationen: Verdrängter Terror: Geschichte und Wahrnehmung sowjetischer Speziallager in Deutschland, Bonn 2011; »Sowjetische Speziallager – 60 Jahre danach: Anmerkungen zu einer verstockten Debatte«, in: *Deutschland-Archiv* 43 (2010) H. 2, S. 289–296; »Erzählen vom Leid. Stalinistisch Verfolgte und ihr Ringen um gesellschaftliche Anerkennung«, in: K. Eric Franzen/Martin Schulze Wessel (Hg.), Opfernarrative. Konkurrenzen und Deutungskämpfe in Deutschland und im östlichen Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, München 2012, 45–67.

**Gerd Hankel**, Dr. jur., Völkerrechtler, ist Wissenschaftler am Hamburger Institut für Sozialforschung. Arbeitsschwerpunkte: der Völkermord in Ruanda; die aktuellen Konflikte in Zentralafrika; das humanitäre Völkerrecht und das Recht der Menschenrechte.

Neuere Publikationen: »Die Gacaca-Justiz in Ruanda – ein kritischer Rückblick«, in: Susanne Buckley-Zistel/Thomas Kater (Hg.), *Nach Krieg, Gewalt und Repression: Vom schwierigen Umgang mit der Vergangenheit*, Baden-Baden 2011, S. 167–183; *Das Tötungsverbot im Krieg. Ein Interventionsversuch*, Hamburg 2011; »Friedenskonferenzen/Friedensverträge«, in: Hans J. Gießmann/Bernhard Rinke (Hg.), *Handbuch Frieden*, Wiesbaden 2011, S. 171–179.

**Sascha Helbardt**, Dr. phil., Südostasienwissenschaftler, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Südostasienkunde an der Universität Passau. Arbeitsschwerpunkte: Gewalt- und Konfliktsoziologie; Terrorismus; Medienkontrolle in Südostasien.

Neuere Publikationen: zus. mit Marc Askew, »Becoming Patani Warriors: Individuals and Insurgent Collective Action in Southern Thailand«, in: *Studies in Conflict and Terrorism* 35 (2012) H. 11, S. 79–809; zus. mit Dagmar Hellmann-Rajanayagam/Rüdiger Korff, »War's Dark Glamour: Ethics of Research in War and Conflict Zones«, in: *Cambridge Review of International Affairs* 23 (2010) H. 2, S. 349–369.

**Rolf Hobson**, Prof., PhD, Historiker, ist Senior Researcher am Norwegischen Institut für Verteidigungsforschung in Oslo. Arbeitsschwerpunkte: internationale Geschichte Europas im 19. und 20. Jahrhundert.

Neuere Publikationen: *Imperialism at Sea: Naval Strategic Thought, the Ideology of Sea Power, and the Tirpitz Plan, 1875–1914*, Boston, MA, 2002; *Krig og strategisk tenkning i Europa 1500–1945*, Oslo 2005.

**Sean N. Kalic**, Prof., PhD, Militärgeschichtler, ist Associate Professor im Department of Military History am U.S. Army Command and General Staff College in Fort Leavenworth, Kansas. Arbeitsschwerpunkte: Kalter Krieg; Terrorismus; militärische Ideengeschichte.

Neuere Publikationen: *U.S. Presidents and the Militarization of Space, 1946–1967*, College Station, TX, 2012; *Combating a Modern Hydra: Al Qaeda and the Global War on Terrorism*, Fort Leavenworth, KS, 2005.

**Stefanie van de Kerkhof**, Dr. rer. pol., Wirtschafts- und Sozialhistorikerin, ist Lehrstuhlvertreterin für Angewandte Ökonomik, Universität Mannheim, Vorstandsmitglied des Arbeitskreises Kritische Unternehmens- und

Industriegeschichte. Arbeitsschwerpunkte: Unternehmensgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert; Kriegswirtschaft im Zeitalter der Weltkriege; Rüstungsindustrie im Kalten Krieg.

Neuere Publikationen: Von der Friedens- zur Kriegswirtschaft. Unternehmensstrategien der deutschen Eisen- und Stahlindustrie vom Kaiserreich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Essen 2006; »Militärfachzeitschriften als Quellen einer Marketinggeschichte der europäischen Rüstungsindustrie im Kalten Krieg«, in: Markus Pöhlmann (Hg.): Militärfachzeitschriften im 20. Jahrhundert, Paderborn 2012, S. 71–91; »Auf dem Weg vom Konzern zum Netzwerk? Organisationsstruktur der Rheinmetall Berlin AG im Kalten Krieg, 1956–1989«, in: Morten Reitmayer/Ruth Rosenberger (Hg.): Unternehmen am Ende des »goldenen Zeitalters«. Die 1970er Jahre als Gegenstand der Unternehmens- und Wirtschaftsgeschichte, Essen 2008, S. 67–89.

**Rüdiger Korff**, Prof. Dr., Soziologe, Inhaber des Lehrstuhls für Südostasienkunde an der Universität Passau. Arbeitsschwerpunkte: Stadt- und Entwicklungssoziologie; Untersuchung urbaner Selbstorganisationsformen und ihrer Dynamiken; Analyse von Institutionalisierungsprozessen in Südostasien.

Neuere Publikationen: zus. mit Sascha Helbardt/D. Hellmann-Rajanayagam, »Isomorphism and Decoupling: Processes of External and Internal Legitimation in Southeast Asia«, in: *Sociologist* 62 (2012) H. 2; zus. mit Hans Dembowski, »Stealth Censorship: How the Calcutta High Court is Suppressing a Sociological Book on Public Interest Litigation«, in: *Socio-Legal Review* 7 (2011), S. 71–86; zus. mit E. Rothfuss, »Urban Revolution as Catastrophe or Solution? Governance of Megacities in the Global South«, in: *Die Erde* 104 (2009) H. 4, S. 355–370.

**Dieter Krüger**, PD Dr. phil., Historiker und Archivar, lehrt Zeitgeschichte an der Universität Potsdam und ist Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Potsdam. Arbeitsschwerpunkte: europäische Integration; NATO und Warschauer Pakt.

Neuere Publikationen: Sicherheit durch Integration? Die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit Westeuropas 1947 bis 1957/58, München 2003; Brennender Enzian: Die Operationsplanung der NATO für Österreich und Norditalien 1951 bis 1960, Freiburg 2010; zus. mit Felix Schneider (Hg.), Die Alpen im Kalten Krieg: Historischer Raum, Strategie und Sicherheitspolitik, München 2012.

**Heonik Kwon**, Prof., PhD, Anthropologe, ist Senior Research Fellow und Professor für Archäologie und Anthropologie am Trinity College, University of Cambridge. Arbeitsschwerpunkte: der Kalte Krieg im Globalen Süden; Erinnerungskultur des Koreakrieges und des Vietnamkrieges.

Neuere Publikationen: *Ghosts of War in Vietnam*, Cambridge 2008; *The Other Cold War*, New York 2010; *North Korea Beyond Charismatic Politics* (in Vorbereitung).

**Christoph Laucht**, PhD, Historiker, ist Dozent für britische Zeitgeschichte an der University of Leeds. Arbeitsschwerpunkte: Kultur- und Sozialgeschichte des Atomzeitalters in Großbritannien und den Vereinigten Staaten; transnationale Geschichte des Kalten Krieges in Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten; Film und Geschichte.

Neuere Publikationen: *Elemental Germans: Klaus Fuchs, Rudolf Peierls and the Making of British Nuclear Culture 1939–59*, Basingstoke 2012; zus. mit Tobias Hochscherf/Andrew Plowman (Hg.), *Divided, But Not Disconnected: German Experiences of the Cold War*, New York 2010; »An Extraordinary Achievement of the American Way«: Hollywood and the Americanization of the Making of the Atom Bomb in *Fat Man & Little Boy*«, in: *European Journal of American Culture* 28 (2009) 1, S. 41–56.

**Lorenz Lüthi**, Prof., PhD, Historiker, ist Associate Professor of History an der McGill University in Montreal. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte internationaler Beziehungen; China und die Sowjetunion; die kommunistische Welt während des Kalten Krieges und ihre Transformation.

Neuere Publikationen: *The Sino-Soviet Split: Cold War in the Communist World*, Princeton, NJ, 2008; »Chinese Foreign Policy, 1960–79«, in: Tsuyoshi Hasegawa (Hg.), *The Cold War in East Asia, 1945–1991*, Stanford, CA, 2011, S. 152–179; »Sino-Soviet Relations during the Mao Years, 1949–69«, in: Thomas Bernstein/Li Hua-yu Li (Hg.), *China Learns from the Soviet Union, 1949 – Present*, Lanham, MD, 2010, S. 27–59.

**Vojtech Mastny**, PhD, Historiker, Senior Fellow am National Security Archive in Washington, DC. Arbeitsschwerpunkte: Militär- und Sicherheitspolitik im Kalten Krieg; NATO und Warschauer Vertrag.

Neuere Publikationen: (Hg.), *A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact, 1955–1991*, New York 2005; *War Plans and Alliances in the Cold War: Threat Perceptions in the East and West*, London 2006; *Origins of the European Security System: The Helsinki Process Revisited, 1965–75*, London 2008.

**Robert J. McMahon**, Prof., PhD, Ralph D. Mershon Professor of History an der Ohio State University. Arbeitsschwerpunkte: Diplomatiegeschichte; US-Außenpolitik seit 1877; der globale Kalte Krieg.

Neuere Publikationen: Dean Acheson and the Creation of an American World Order, Washington, DC, 2009; The Cold War: A Very Short Introduction, Oxford 2003; Limits of Empire: The United States and Southeast Asia since World War II, New York 1999.

**Anja Mihr**, Prof. Dr., Politologin, ist Associate Professor am Netherlands Institute of Human Rights (SIM) der Universität Utrecht. Arbeitsschwerpunkte: Transitional Justice; Menschenrechte; Qualität von Demokratien und Good Governance.

Neuere Publikationen: »Non-Governmental Organizations in the Human Rights World«, in: B. Reinalda (Hg.), The Ashgate Research Companion to Non-State Actors, Farnham, UK, 2011, S. 377–390; »Was tun gegen Menschenrechtsverletzungen? Amnesty International und die SED Staatsmacht«, in: Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten (Hg.), Die demokratische Revolution von 1989 – Politik, Geschichte, Recht, Köln 2009, S. 46–63; Amnesty International in der DDR: Der Einsatz für Menschenrechte im Visier der Stasi, Berlin 2002.

**Tim B. Müller**, Dr. phil., Historiker, Wissenschaftler im Arbeitsbereich »Theorie und Geschichte der Gewalt« am Hamburger Institut für Sozialforschung. Arbeitsschwerpunkte: deutsche, westeuropäische und amerikanische Ideen- und Wissenschaftsgeschichte; politische und Gesellschaftsgeschichte des Kalten Krieges, der Weltkriege und der Zwischenkriegszeit.

Neuere Publikationen: »Innenansichten des Kalten Krieges. Über ein glückliches Zeitalter«, in: *Zeitschrift für Ideengeschichte* 6 (2012) H. 3, S. 26–40; zus. mit Bernd Greiner/Claudia Weber (Hg.), Macht und Geist im Kalten Krieg, Hamburg 2011; Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg, Hamburg 2010.

**Klaus Naumann**, Dr. phil., Historiker, ist Wissenschaftler im Arbeitsbereich »Die Gesellschaft der Bundesrepublik« am Hamburger Institut für Sozialforschung. Arbeitsschwerpunkte: deutsche Erinnerungspolitik; die Nachkriegszeit; Militärgeschichte der Bundesrepublik.

Neuere Publikationen: »A troubled partnership – Zum Verhältnis von Politik und Militär im ISAF-Einsatz«, in: Anja Seiffert u. a. (Hg.), Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan: Sozial- und politikwissenschaftliche Perspektiven, Wiesbaden 2012, S. 49–63; Einsatz ohne Ziel? Die Politik-

bedürftigkeit des Militärischen, Hamburg 2008; Generale in der Demokratie: Generationengeschichtliche Studien zur Bundeswehrelite, Hamburg 2007.

**Götz Neuneck**, Prof. Dr., Mathematiker, stellvertretender wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg (IFSH). Arbeitsschwerpunkte: nukleare Abrüstung und Raketenabwehr; Nichtweiterverbreitung; Weltraumrüstung; konventionelle Waffentechnologien.

Neuere Publikationen: »Terrorismus und Massenvernichtungswaffen: Eine neue Symbiose?«, in: Hans Frank/Kai Hirschmann (Hg.), Die weltweite Gefahr: Terrorismus als internationale Herausforderung, Berlin 2002, S. 169–223; zus. mit Ulrike Kronfeld-Goharani, »Die schleichende Verseuchung der arktischen Region: Heutige und künftige Umweltfolgen der russischen Nordmeerflotte«, in: Jahrbuch Ökologie, München 2002, S. 212–234; »Atomares Wettrüsten der Großmächte – kein abgeschlossenes Kapitel«, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg u.a. (Hg.), »Kampf dem Atomtod«: Die Protestbewegung 1957/1958 in zeit-historischer und gegenwärtiger Perspektive, Hamburg 2009, S. 91–119.

**Roy de Ruiter**, M.A., Militärhistoriker und Marineoffizier, Doktorand an der Universität Amsterdam und der Verteidigungsakademie der Niederlande. Arbeitsschwerpunkte: Verteidigungspolitik; Transformation der niederländischen Streitkräfte nach dem Kalten Krieg.

Neuere Publikationen: »Defensienota 1991: Het belang van een visie De krijgsmacht neemt afscheid van de Koude Oorlog«, in: *Militaire Spectator* 180 (2011) 2, S. 64–76; »Amerikaanse defensiebeleid in de »strategic pause«: De zoektocht naar legitimiteit«, in: Ministerie van Defensie (Hg.), Deelverkenning I, Vertreksituatie, Houvast voor de krijgsmacht van de toekomst, Den Haag 2010.

**Hartmut Quehl**, Dr. phil., Historiker, Politologe und Islamwissenschaftler, Direktor des Felsberger Instituts für Bildung und Wissenschaft e.V. (FIBW) und freier Mitarbeiter am Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg. Arbeitsschwerpunkte: Friedens- und Konfliktforschung; Sozial- und Alltagsgeschichte postkolonialer Kriege; Oral History und qualitative Empirie; Migrationsforschung; Bildungsforschung.

Neuere Publikationen: Anfal 2.0, Dokumentarfilm, 2009; »Globalisierung, Krieg und Gewalt in Eritrea: Bestandsaufnahme einer peripheren Gesellschaft im beginnenden 21. Jahrhundert«, in: Peter Molt/Helga Dickow (Hg.), Kulturen und Konflikte im Vergleich – Comparing Cultu-

res and Conflicts, Baden-Baden 2007; Kämpferinnen und Kämpfer im eritreischen Unabhängigkeitskrieg 1961 bis 1991 – Faktoren der Diversivität und der Kohärenz, 2 Bde., Felsberg 2005.

**James B. Sedgwick**, Prof. PhD, Historiker, ist Assistant Professor im Department of History and Classics an der Acadia University in Wolfville, Nova Scotia, Kanada. Arbeitsschwerpunkte: Global Governance; Menschenrechte; internationale Organisationen.

Neuere Publikationen: »A People's Court: Emotion, Participant Experiences, and the Shaping of Postwar Justice at the International Military Tribunal for the Far East, 1946–1948«, in: *Diplomacy & Statecraft* 22 (2011) 3, S. 480–499; »Memory on Trial: Constructing and Contesting the ›Rape of Nanking‹ at the International Military Tribunal for the Far East, 1946–1948«, in: *Modern Asian Studies* 43 (2009) 5, S. 1229–1254; »Brother, Black Sheep, or Bastard? Situating the Tokyo Trial in the Nuremberg Legacy, 1946–1948«, in: Beth Griech-Polelle (Hg.), *The Nuremberg Trials and Their Policy Consequences Today*, Baden-Baden 2009, S. 63–76.

**Sarah B. Snyder**, PhD, Historikerin, ist Dozentin für internationale Geschichte am University College London. Arbeitsschwerpunkte: Aktivismus im Kalten Krieg; Menschenrechtspolitik der USA.

Neuere Publikationen: *Human Rights Activism and the End of the Cold War: A Transnational History of the Helsinki Network*, Cambridge 2011; »The Foundation for Vienna: A Reassessment of the CSCE in the mid-1980s« in: *Cold War History* 10 (2010) 4, S. 493–512; »Through the Looking Glass: The Helsinki Final Act and the 1976 Election for President«, in: *Diplomacy and Statecraft* 21 (2010) 1, S. 87–106.

**Hans-Joachim Spanger**, Dr. phil., Politologe, ist Mitglied des Vorstands und Programmbereichsleiter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). Arbeitsschwerpunkte: internationale Sicherheitspolitik sowie Demokratisierung und Demokratieförderung mit einem regionalen Interesse an Russland.

Neuere Publikationen: (Hg.), *Der demokratische Unfrieden. Über das spannungsreiche Verhältnis zwischen Demokratie und innerer Gewalt*, Baden-Baden 2012; »German-Russian Relations. A Pan-European Mission as National Interest«, in: *Studia Diplomatica* 55 (2012) 1, S. 33–44; zus. mit Bernd Reddies, *Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in der UdSSR/Russland und in der Volksrepublik China*, Bonn 2011.

**Berthold Vogel**, PD Dr., ist Projektleiter im Arbeitsbereich »Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland« am Hamburger Institut für Sozialforschung, Dozent für Sozialwissenschaften an der Universität Kassel und Direktor des Soziologischen Forschungsinstituts an der Georg-August-Universität in Göttingen. Arbeitsschwerpunkte: Arbeitssoziologie; Soziologie des Wohlfahrtsstaates; soziale Ungleichheit.

Neuere Publikationen: zus. mit Franz Schultheis/Michael Gemperle (Hg.), *Ein halbes Leben. Biografische Zeugnisse aus einer Arbeitswelt im Umbruch*, Konstanz 2010; *Wohlstandskonflikte: Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen*, Hamburg 2009; *Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft*, Hamburg 2007.

**Klaas Voß**, Dr. phil., Historiker, ist Wissenschaftler im Arbeitsbereich »Theorie und Geschichte der Gewalt« am Hamburger Institut für Sozialforschung. Arbeitsschwerpunkte: Söldner und private Militärfirmen; Interventionspolitik und verdeckte Operationen während des Kalten Krieges; Reintegration von Veteranen, Milizen und Guerillakämpfern in Nachkriegsgesellschaften.

Neuere Publikationen: »Plausibly Deniable«? Söldner als Instrument verdeckter US-Interventionen während des Kalten Krieges, 1964–1987, Dissertation, Universität Hamburg 2012 (Veröffentlichung in Vorb.); »Kurz vor Krieg. Während der Kubakrise stand die Welt nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal am Rand eines Atomkriegs. Fünf Beinahekatastrophen«, in: *Die Zeit Geschichte* (2012) H. 3, S. 46–48.

**William O. Walker III**, Prof., PhD, Historiker, lehrte zuletzt an der University of Toronto und befindet sich nun im Ruhestand. Arbeitsschwerpunkte: internationale Geschichte der USA; US-Drogenpolitik; Beziehungen zu Lateinamerika.

Neuere Publikationen: *National Security and Core Values in American History*, New York 2009; *The Rise and Fall of the American Century: The United States and the World, 1945–1975* (erscheint 2013).

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH  
Mittelweg 36  
20148 Hamburg  
[www.hamburger-edition.de](http://www.hamburger-edition.de)

© 2013 by Hamburger Edition  
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung

Redaktion: Jörg Später  
Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras  
Typografie und Herstellung: Jan und Elke Enns  
Satz aus Sabon von Dörlemann Satz, Lemförde  
Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck  
Printed in Germany  
ISBN: 978-3-86854-258-5  
1. Auflage März 2013